

Die Munition soll ins Zeughaus

Der Nationalrat hat gestern mit 100:72 Stimmen einer Motion zugestimmt, welche den Verzicht auf die Abgabe von Taschenmunition an Soldaten fordert. Das Sturmgewehr hingegen bleibt vorerst im Kleiderschrank.

Von Christoph Brunner

Bern. – Der geschlossene Widerstand der 48 SVP-Vertreter reichte nicht aus, auch wenn FDP und CVP zusammen noch 23 Nein-Stimmen beisteuerten: Der Nationalrat beschloss mit 100:72 Stimmen die Annahme einer Motion, welche den Bundesrat auffordert, in der heutigen sicherheitspolitischen Lage auf die Abgabe von Taschenmunition zu verzichten. Ausnahmen sind für Truppen vorgesehen, die Ersteinsätze leisten. Der Ständerat hatte der Motion bereits im Juni zugestimmt. Verteidigungsminister Samuel Schmid bezeichnete die gewählte Lösung in der grossen Kammer als «vernünftig und risikogerecht». Sie bedeutet konkret, dass jetzt die Verordnung über die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee geändert werden muss.

Chantal Galladé (SP, Zürich) war vom Entscheid hoch erfreut: «Das Parlament bewegt sich endlich langsam in die richtige Richtung.» Sie erinnerte an die rund 300 Menschen, die gemäss einer Studie des Kriminologen Roland Killias jedes Jahr durch Armeewaffen ums Leben kommen. Roland F. Borer (SVP, Solothurn) dagegen kritisierte: «Das ist ein Missbrauchsvotum gegenüber Zehntau-

senden von Frauen und Männern, die jährlich ordnungsgemäss ihren Dienst in unserer Milizarmee leisten.»

Kein Entscheid gegen die Waffe

Im Gegensatz zur Taschenmunition bleibt das Sturmgewehr vorerst im Kleiderschrank. Eine entsprechende Parlamentarische Initiative der Sozialdemokratischen Fraktion wurde vom Nationalrat mit 97:76 Stimmen bachab geschickt. Den Ausschlag gab, dass nur vier FDPler und sieben CVPler mit der Linken stimmten. Verteidigungsminister Schmid plädierte ebenfalls für ein Nein: «In Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des Milizprinzips geht der Bundesrat in Bezug auf die persönliche Waffe weiterhin von einer Aufbewahrungspflicht und nicht von einem Hinterlegungsrecht aus.» Und Schmid betonte mit grossem Nachdruck, dass der Stopp der Abgabe der Taschenmunition in keiner Weise den ersten Schritt zur Einziehung des Sturmgewehrs bedeute.

Exakt das glaubt die vom Berner SVP-Mitglied und Auns-Vizepräsident Werner Gartenmann gegründete «Aktion Notwehr jetzt!» nicht und verurteilt den mutlosen Taschenmunitions-Entscheid des Nationalrates. Die Massnahme wurde in einer Medienmitteilung als «unnötig, unbrauchbar und rein populistisch» bezeichnet. Man halte am bereits erfolgten Aufruf fest, sagte Gartenmann auf Anfrage: «Die Armeeangehörigen sollen zum gegebenen Zeitpunkt die Rückfassung der Taschenmunition verweigern.»





«Vernünftig und risikogerecht»: Auch Bundesrat Samuel Schmid pläciert in der grossen Kammer für den Einzug der Taschenmunition.

Bild Keystone/Alessandro della Valle